

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 32.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinterrate pro 3gespaltene Zeile oder deren Raum 25, für Zahllst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,  
Sonnabend, den 10. August 1907.

Verlag: A. Bohrborg, Hannover, Münst. 5.  
Verantwortlicher Redakteur:  
H. Schneider, Hannover, Münst. 5, III.  
Fernsprech-Anschluß 3002.  
Druck von C. A. H. Meißner & Co., Hannover.

16. Jahrg.

Mit dieser Nummer des „Proletarier“ erhält jedes Mitglied einen Fragebogen zugestellt. Die gewissenhafte, wahrheitsgemäße Ausfüllung derselben wird jedem Mitgliede hiermit dringend zur Pflicht gemacht.

## Wichtiges zur Statistik.

Die Fragebogen sind am Mittwoch, den 7. August, zur Versendung gekommen und gelangen einen Tag später wie diese Nummer des „Proletarier“ in den Besitz der Zahlstellen.

Die Verteilung der Fragebogen erfolgt sofort, d. h. mit Nr. 32 des „Proletarier“. Jedes Mitglied ist zur Ausfüllung des Fragebogens verpflichtet. Die Einholung der Bogen erfolgt beim nächsten Kassieren.

Die eingeholten Fragebogen müssen vor Abfertigung an den Vorstand nach Betrieben geordnet werden.

Den Fragebogen eines jeden Betriebes ist ein Betriebsfragebogen beizufügen, der nur von den Bevollmächtigten unter Mitwirkung der Betriebsvertrauensleute ausgefüllt wird. Formulare hierzu erhalten die Bevollmächtigten mit Nr. 33 des „Proletarier“.

Die Sortierung der ausgefüllten Bogen nach Betrieben, die Ausfüllung der Betriebsbogen und die Abfertigung an den Vorstand muß möglichst bald erfolgen und soll bis 1. September beendet sein.

An die Bevollmächtigten, Vertrauensleute und Beitragskassierer richten wir die dringende Bitte, den Vorstand bei Aufnahme dieser Statistiktätigkeit zu unterstützen. Jede Zahlstellenleitung muß es sich zur Aufgabe machen, von jedem Mitgliede einen ausgefüllten Fragebogen abzuliefern.

Der Vorstand.

## Ausschreibung.

Der Sekretär Kollege Lemenhow hat seine Stellung per 1. November gekündigt. Zur anderweitigen Besetzung wird die Stellung hiermit ausgeschrieben.

Bewerber haben die Schilderung ihres Lebenslaufes und ihrer seitherigen Tätigkeit schriftlich einzusenden und dabei Angaben über Tag und Jahr der Geburt und des Eintritts in den Verband zu machen.

Außerdem ist eine schriftliche Arbeit einzusenden über die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung.

Die Anstellung erfolgt bei einem Anfangsgehalt von 2000 Mark pro erstes Jahr, steigend um jährlich 100 Mark bis zum Höchstgehalt von 2700 Mark.

Die Bewerbungen müssen, mit der Aufschrift: „Sekretär“ versehen, bis zum 1. September in unseren Händen sein.

Hannover, 3. August 1907.

Der Vorstand.

Heute ist der 32. Wochenbeitrag fällig.

## Streiks oder Aussperrungen

bestehen in Langenberg, Gahnau, Straßburg i. G., Hamburg, Kassel, Maric, Düsseldorf.

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in Flensburg, Berlin, Hennigsdorf, Bremen, Meißner, Camperthcim und Erfurt.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

## Betriebskrankenkassen.

Unter dem Vorsitz des Finanzrats Klippel von der Firma Krupp tagte vor kurzem in Eisenach eine Versammlung, welche von über 300 Vertretern deutscher Betriebskrankenkassen besucht war und beschloß, einen „Verband zur Wahrung der deutschen Betriebskassen“ zu gründen. Ein engerer und ein weiterer Ausschuß zur Beratung und Beschlußfassung diesbezüglicher Sachungen wurde eingesetzt.

Die Ortskrankenkassen propagandieren bekanntlich eine Auflösung sämtlicher Betriebskrankenkassen, weil bei letzteren das gesetzlich gewährleistete Selbstverwaltungsrecht illusorisch ist und das Grundprinzip des Krankenversicherungsgesetzes Ortskrankenkassen verlangt. Die Arbeitgebervertreter in den Betriebskrankenkassen lassen diese Punkte jedoch nicht gelten, sondern meinen, lediglich Konkurrenzneid der Ortskrankenkassen sei die Triebfeder, weil die Betriebskrankenkassen jenen die besten Risiken entziehen.

In der letzten Nummer des Reformblattes für Arbeiterversicherung tritt auch der bekannte Sozialpolitiker Professor Dr. Stier-Somlo ein für die Betriebskrankenkassen ein.

Dieser meint, daß durch die Betriebskrankenkassen eine wertvolle und ausgleichende Annäherung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattfindet, und jeder, der einen idealen konstitutionellen Fabrikbetrieb wünsche, müßte für die Erhaltung der Betriebskrankenkassen eintreten.

Für die Betriebskrankenkassen wird weiter ihr minimaler Verwaltungsaufwand ins Feld geführt. Die Betriebskrankenkassen hatten im Jahre 1904 insgesamt nur 621 000 Mk. Verwaltungskosten; die Ortskrankenkassen dagegen 10,4 Millionen Mark. Erstere zählten 2,7 Millionen und letztere 5,3 Millionen Mitglieder. Die Einnahmen betragen bei den Betriebskrankenkassen 74,8 und bei den Ortskrankenkassen 127,8 Millionen Mark. Die Leistungsfähigkeit ist im allgemeinen bei den Betriebskrankenkassen höher als bei den Ortskrankenkassen. Während erstere nur ca. halbsoviel Versicherte hatten, betragen die Aufwendungen für Ärzte, Arzneien, Kranken- und Sterbegelder usw. jedoch 65 Prozent der Ortskrankenkassen.

Nach diesem einwandfreien Zahlenmaterial müßte man freilich den Betriebskrankenkassen das Wort reden und eine Auflösung derselben bedauern.

Und dennoch — fort mit dem Betriebskrankenkassen, je eher, desto besser für die Arbeiterschaft!

Daß für die Betriebskrankenkassen das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter nur auf dem Papier steht, weiß jeder halbwegs denkende und im Fabrikbetriebe tätige Arbeiter schon längst. Der Kassenvorstand ist der Arbeitgeber oder sein Stellvertreter, und wehe dem, der in der Generalversammlung ihm zu widersprechen wagt! Die Beisitzer im Vorstand sind von den Arbeitern gewählte Mitarbeiter und haben sich gleichfalls der Autorität des Vorstehenden zu fügen, wenn sie ihre Arbeitsstellung nicht verlieren wollen. Der Kassenvorstand, also der Arbeitgeber, ist der Herrschende, und er weiß seine Macht zu gebrauchen! Wie und wo hierbei die von Herrn Professor Stier befundene „Annäherung“ zu finden ist, bleibt dessen Geheimnis.

Daß die Verwaltungskosten der Betriebskrankenkassen sehr minimal sein müssen, erklärt sich einfach daraus, weil geschäftsmäßig der Unternehmer und nicht die Betriebskrankenkasse den Verwaltungsaufwand zu tragen hat, während die Ortskrankenkassen allen Aufwand aus eigenen Mitteln decken und in Rechnung stellen müssen. Dafür haben die Ortskrankenkassen aber auch geschulte, mit den einschlägigen Gesetzen bestens vertraute Beamte, welche den Versicherten die Gewähr bieten, daß ihre Rechte in jedem Falle einwandfrei gewahrt werden. Als langjähriger Beamter großer industrieller Werke weiß ich aber aus Erfahrung, daß die Betriebskrankenkassen in dieser Beziehung leider manches zu wünschen übrig lassen. Die Geschäfte der Betriebskrankenkassen führt unter Oberaufsicht eines höheren Beamten, der aber meist überlastet ist und sich um die Krankenkasse herzlich wenig kümmert, oft ein junger, unerfahrener Mann, und grobe Verstöße gegen das Gesetz zum Schaden der Versicherten sind keine Seltenheiten. Die von der Aufsichtsbehörde in langen Intervallen — alle ein oder zwei Jahre — vorgenommenen Revisionen erstrecken sich nur auf Buchführung und Kasse und decken vorgekommene falsche Unterstützungszahlungen oder unrechtmäßig abgelehnte Unterstützungen, widerrechtlich erhobene Beiträge und so weiter natürlich nicht auf. Ja, sogar Böswilligkeit kann den Unternehmer verleiten, den gesetzunkundigen Versicherten gegenüber die Gesetze so zu handhaben, daß Vorteile für die Kasse und somit auch für den Unternehmer herauspringen. Denn je günstiger die Betriebskrankenkasse in ihrem Vermögen steht, desto niedriger sind die einzuzahlenden Beiträge, und da der Arbeitgeber gesetzlich  $\frac{1}{2}$  der Beiträge zu feuern muß, so sind niedrige Beiträge auch sein Vermögensvorteil. Und das kann alles unter der Maske der „liebvollen Fürsorge“, des „besten Wohlwollens“ für die Arbeiter geschehen, wenn der Unternehmer schlau genug ist.

Aber der größte soziale Nachteil, den Betriebskrankenkassen haben, ist, daß es Konvaleszenten und Halbinvaliden oder sonstige in gesundheitlicher Beziehung nicht ganz einwandfreien Personen sehr oft ganz unmöglich ist, selbst bei den bescheidensten Lohnansprüchen irgend welche Arbeit zu erhalten. Mit Rücksicht auf die Betriebskrankenkasse, um von dieser möglichst jede Forderung fern zu halten, werden solche bedauernswerten Leute in allen Fabriken, welche eigene Betriebskrankenkassen haben, abgewiesen. Nur laut ärztlichen Attestes ferngegebene Leute werden aufgenommen. Hat so ein theoretischer Sozialpolitiker, der das Lob der Betriebskrankenkassen gern in hohen Tönen singt, vielleicht schon einmal die Verzweiflungskämpfe, die seelischen Qualen solch armer, in unerbittlichem Fortschritt invalid gewordener Arbeiter, die, von Fabrik zu Fabrik geht, nirgends ein Bißchen, das ihnen und ihrer Familie

Brot gebe, finden können, studiert? Gewiß nicht, sonst müßte solch grauenhaftes Elend, welches die Betriebskrankenkassen verschulden, ihn ebenfalls mit in unseren Ruf: Fort mit den Betriebskrankenkassen! einstimmen lassen. Schon mancher brave Arbeiter, der jahrelang in einer Fabrik treu und fleißig arbeitete, fand nach überstandener Krankheit seinen Arbeitsplatz nur deshalb besetzt, weil man einen Rückschlag seiner Krankheit und dadurch Belastung der Betriebskrankenkasse befürchtete. Selbstverständlich fallen alle diese gesundheitlich geschwächten Personen schließlich der Ortskrankenkasse zur Last, und daraus erklärt es sich, daß Ortskrankenkassen selbst bei höheren Beiträgen bezüglich der Leistungsfähigkeit mit den Betriebskrankenkassen nicht konkurrieren können. Nicht nur aus finanziellen Gründen, sondern von allgemeinen sozialen Gesichtspunkten aus muß verlangt werden, daß Betriebs- und Knappschafts-Krankenkassen verschwinden und die ganze Krankenversicherung einheitlich in Ortskrankenkassen organisiert wird.

G. Sippe.

## Zweifelsfragen aus dem Gebiete der Arbeiterversicherung.

### A. Krankenversicherung.

1. Bei einem Versicherten, der auf einige Zeit beurlaubt wird, dessen Arbeitsverhältnis aber bestehen bleibt, dauert die Mitgliedschaft und also auch die Beitragspflicht während des Urlaubes fort. Auf der anderen Seite besteht aber für den Beurlaubten auch ein Anspruch auf Krankenunterstützung für diese Zeit.

2. Bei Wöchenerinnen, die bis zur Entbindung Krankengeld beziehen, kommt dasselbe vom Tage der Entbindung ab in Wegfall, solange Wöchenerinnenunterstützung gezahlt wird (6 Wochen), weil beide Unterstützungen nebeneinander nicht gezahlt werden dürfen. Liegt nach Ablauf der 6 Wochen noch Erwerbsunfähigkeit infolge einer Krankheit (Wochenarbeit, normales, ist keine Krankheit im Sinne des Gesetzes) vor, so besteht von da ab ein Anspruch auf Fortzahlung des Krankengeldes.

3. Mitglieder, die nach dem Austritt aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung die Mitgliedschaft freiwillig fortsetzen, können das nur nach der Lohnklasse tun, der sie als Pflichtmitglied angehörten.

### B. Invalidenversicherung.

1. Lehrlinge sind nur vom vollendeten 16. Lebensjahre an dann auch nur, wenn sie gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt sind, versicherungspflichtig. Es können aber auch Lehrlinge versicherungspflichtig sein, wenn sie keinen Lohn, sondern nur Weihnachtsgeld vom Lehrherrn erhalten. Voraussetzung ist jedoch, daß sie mit einer gewissen Sicherheit auf diese Zuwendungen rechnen können und daß letztere für die Empfänger von wesentlicher Bedeutung sind.

2. Willige Taubheit begründet bei einem sonst ganz arbeitsfähigen Manne für sich allein keinen Anspruch auf Invalidenrente.

3. Verstämmelungszulage, die einem Versicherten neben einer Militärpension gezahlt wird, ist bei Prüfung der Frage, ob und inwieweit die Invalidenrente ruht, mit zu berücksichtigen.

4. Die Anrechnung einer Invalidenrente auf eine früher erworbene Knappschaftsrente ist zulässig, auch wenn der Versicherte aus eigenen Mitteln höhere Beiträge entrichtet hat.

5. Beitragsmarken sind nach einer Entlassung des Reichsversicherungsamts unglücklich, wenn sie von einem Versicherten aus einer eigenen verloren gewordenen und wiedergefundenen Duitungslacte eingeklebt worden sind, und zwar auch dann, wenn ihre erstmalige Verwendung zu Recht erfolgt war.

### C. Unfallversicherung.

1. Betriebsunfall liegt vor, wenn eine Arbeiter bei Ausübung seiner Tätigkeit vom Blitz erschlagen wird. Aber auch dann, wenn der Arbeiter während des Gewitters die Arbeit unterbricht und sich von der Arbeitsstätte entfernt, um in der Nähe (z. B. unter einem Baume, der, nebenbei bemerkt, leider der gefährlichste „Schuß“ ist) Schutz vor den Unilden des Wetters zu suchen und dabei vom Blitz getroffen wird, ist in der Rechtsprechung das Vorliegen eines Betriebsunfalles anerkannt worden.

2. Einem Arbeiter fiel bei der Arbeit ein Treibriemen ins Gesicht, wodurch u. a. sein linkes Auge verblüht wurde, das er seit Jahren trug, zertrümmert wurde. Die Erneuerung des Gesichtes kostete ihm 16 Mk. und er verlangte diesen Betrag von der Berufsgenossenschaft erstaten. Das Reichsversicherungsamt betrachtete jedoch das Gesicht als eine vom Körper getrennte Sache und wies den Anspruch des Arbeiters ab, weil die Berufsgenossenschaft zum Ersatz eines Sachschadens nicht verpflichtet ist.

## Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1906.

Das „Zentralblatt“ der Christlichen bringt in Nr. 13 eine Zusammenstellung der Mitgliederzahlen der christlichen Gewerkschaften. Die dem Gesamtverband angeschlossenen Verbände hatten am 31. Dezember 1906 260 040 Mitglieder, also 63 350 Mitglieder mehr wie am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Zu einzelnen zählen von den christlichen Organisationen Ende 1906 die Bergarbeiter 75 133, Bauhandwerker und Hilfsarbeiter 88 076, Tagelöhner 36 984, Metallarbeiter 26 272, bayerische Eisenbahner 23 311, Hilfs- und Transportarbeiter 13 430, Holzarbeiter 10 435, Keramarbeiter 8023, Tabakarbeiter 7638, Schuh- und Lederarbeiter 3739, Schneider 3285 und so herab bis zu den Gärtnern mit 420 Mitgliedern.

Was die Kassendehältnisse betrifft, so betragen die Einnahmen der dem Gesamtverband angeschlossenen Quant-

Personen 3378 833 M., die Ausgaben 2705 260 M., der  
Kassenbestand 2370 782 M. Von den Einnahmen kamen auf  
Beiträge 3 033 217 M., Aufnahmegebühren 50 469 M., Ertragsbeiträge  
107 678 M., sonstige Einnahmen 170 902 M. Von den Ausgaben  
entfielen auf Verwaltungsorgane 275 260 M., Agitation 262 787 M.,  
Streik- und Gemeindefestunterstützung 858 436 M., Reis- und  
Arbeitslohnunterstützung 34 464 M., Krankengeld 265 485 M.,  
Sterbegeld 136 994 M., Verwaltungskosten 134 977 M., Rechtschutz  
61 233 M., Gehälter 76 631 M., Anteil der Volklassen 434 622 M.,  
Beitrag an den Gesamtverband 35 470 M., Bibliothek und sonstige  
Vollzugszwecke 15 208 M.

Im Verhältnis zu den Christen- und Dunderschen Gewerkschaften ist der  
fortschrittlichste, gegenüber den freien Gewerkschaften  
verschwinden die christlichen aber vollständig. Während die christlichen  
Organisationen insgesamt 260 040 Mitglieder zählen, haben die  
freien Gewerkschaften allein im Jahre 1906 um 367 982 Mitglieder  
zugenommen. Letztere sind also nicht nur siebenmal stärker,  
sondern nahmen auch in einem Jahre anderthalbmal soviel an Mit-  
gliedern zu, wie die Christlichen nach dreijährigem Bestehen überhaupt  
an Mitgliedern zählten. Allerdings rechnen sich die Christlichen noch  
ca. 75 000 nicht dem Gesamtverband angeschlossener Arbeiter zu  
und bringen dadurch ihre Mitgliederzahl auf 335 247. Das ist aber  
eine Spiegelgestalt, denn die „einberleibten“ Korporationen - Süd-  
deutsche Eisenbahner- und Postbeamtenvereine, Verein zur gegenseitigen  
Hilfe (Schleifen) usw. - tragen durchaus keinen gewerkschaftlichen  
Charakter. Ihre Heranziehung geschieht also lediglich aus dem  
Bestreben, mit großen Zahlen zu glänzen.

Daß es mit der „Abbildung“ der freien Gewerkschaften durch die  
Christlichen noch gute Wege hat, sieht auch der Bearbeiter der  
Statistik der Christlichen, Herr Stegerwald, ein, denn er schreibt:  
„Wir haben uns noch nie der Union hingegen, daß die sozial-  
demokratische Gewerkschaftsbewegung in ihrer äußeren Entwicklung  
durch unsere Organisationen in nächster Zeit erreicht oder übertroffen  
werden könne.“ Ob Herr Stegerwald sich noch nie dieser Union  
hingegen hat, wissen wir nicht, daß aber ein großer Teil der  
Christlichen die baldige Ueberfugung der freien als sicher an-  
genommen hat. Es sieht aber zu hoffen, daß nunmehr auch die  
Gesamtheit der in christlichen Gewerkschaften Vereinigten von dieser  
Union geteilt ist, und zwar nicht nur für die „nächste Zeit“,  
sondern für immer.

### Landarbeiter.

**Wider den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter.**  
Die agrarischen Schnapphähne werden nicht müde,  
Fesseln zu schmieden, um ihre Lohnsklaven zu zwingen, jede  
Bezahlung und Behandlung willenlos zu erdulden. Und die  
preussische Regierung ist eifrig bedacht, dieses Bestreben zu  
unterstützen. Ein neues Mittel zur Verhinderung des  
Kontraktbruchs ausländischer Arbeiter hat die Regierung im  
Bunde mit der Selbstarbeiter-Zentralstelle ausgeklügelt. Der  
„Hofener Anzeiger“ schreibt darüber:

Die preussische Regierung hat in Aussicht genommen, der  
nächsten Selbstarbeiter-Zentralstelle das ausschließliche Recht zu  
verleihen, alle die Grenze überschreitenden ausländischen Arbeiter  
mit deutschen Legitimationskarten zu versehen, die auf einen  
bestimmten Arbeitgeber und Arbeitsort lauten. Es wird in  
Preußen geplant, alle diejenigen ausländischen Arbeiter, die bei einem  
Arbeitgeber angestellt werden, auszuweisen. Diese Maßregel ist  
zweifellos hervorragend geeignet, den Kontraktbruch ausländischer  
Schnitter direkt zur Unmöglichkeit zu machen, und es wäre  
wohl erwünscht, wenn Mecklenburg sich einem  
entsprechenden Vorgehen Preußens möglichst umgehend anschließen  
würde. Es empfiehlt sich daher, daß die Regierung jenseits der  
interessierten Kreise ersucht wird, sich schon jetzt mit der preussischen  
Regierung in Verbindung setzen zu wollen, um sich rechtzeitig die  
notigen gesetzlichen Unterlagen zu einem gemeinsamen Vorgehen zu  
verschaffen.

Wenn also die armen ausländischen Lohnsklaven, die  
von der Zentralstelle ins Land geschickt werden, sich gegen die  
oft gerade schamlose Ausbeutung preussisch-christlicher Braun-  
barone wehren, indem sie sich eine andere Arbeitsstelle suchen,  
so werden sie ausgewiesen. Gibt preussische Methode!  
So lange die Ausländer sich als willige Ausbeutungsobjekte,  
als Leiharbeiter gebrauchen lassen, sind sie brave Kerle, die  
mit offenen Armen empfangen werden, sobald sie aber nicht  
willenlos Arbeitstiere, sondern Menschen sein wollen, sind  
es lästige Ausländer, Schnorrer und Verschwörer, die sofort  
abgeschoben werden. Arbeiter brauchen die Agrarier  
nicht, deren hat Deutschland selber genug, nur Arbeitstiere  
werden gebraucht!

**Die Sozialdemokraten wollen die Ehe abschaffen  
und das Familienleben zerstören.** Es heißt es immer aus dem  
Munde der Feigheit und Unwissenheit und der von diesen verdammten  
Arbeiter, wenn ein Sozialdemokrat ans Land geht, um für die Idee  
des Sozialismus zu werben. Dieser Satz findet man auch wenig in  
kapitalistischen Zeitungen wiederzulesen, trotzdem schon hunderte Male  
nachgewiesen ist, daß gerade der kapitalistische Staat das Familien-  
leben zerstört und daß insbesondere die Feigheit und Unwissenheit gar  
nicht auf der „Heiligkeit der Ehe“ stehen, wenn sie den Arbeiter-  
klassen nachsehen. Nicht hat nur ein solcher Fall in Österreich  
zu einer erschütternden Tragödie geführt. Auf dem Gute G. im  
Kreise Heiligenbrunn hatte der Oberinspektor, ohne sich um die „Heiligkeit  
der Ehe“ zu kümmern, der Frau eines Bauerns nachgestellt  
und ihren Gatten entführt gemacht. Der Mann machte seiner  
Frau deshalb keine Schwierigkeiten, worauf sich legte er die Ehe.  
Der Mann blieb nun mit seinen 6 Kindern in einer verwerflichen  
Lage zurück. Einmal Tages ging er zum Oberinspektor und ließ  
sich nach einer Zusammenkunft ein Koffer in Brust und Leib,  
um sich lieber selbst zu erschlagen. Die Verlegungen des  
Jahres waren nicht lebensfähig. — So geht durch einen  
Schnorrer von Feigheit zu Feigheit gemacht Kinder betrogen jetzt die  
Ehe ist tragische Weise aus dem Leben genommen.

Die Sozialdemokraten wollen die Ehe und Familienleben zer-  
stören. Es ist ihnen wahrhaftig nicht mehr um die Ehe zu tun. Dafür  
sind sie gerade der kapitalistische Staat und seine Feigheit, die  
Ehe, die ohne Fortschritt nicht leben können. Die wollen den Ar-  
beitern im Gegenzug dazu ein Familienleben verschaffen! Darum  
bestehen wir die Feigheit und die Kinderarbeit und verlangen für  
die Männer bessere Bezahlung und längere Arbeitszeit, damit sie Zeit  
und Lust haben, sich ihrer Familie zu widmen.

### Aus der Zement- und Ziegelfabrik.

**Ziegelfabrik.**  
Von der Gewerkschaft vorläufiger Unternehmer, die durch  
allgemein bekannter Arbeiter nach Deutschland kamen, um sie  
gegen die preussischen Arbeiter auszuweisen zu können, wie das ganz  
besonders im Ziegelfabrik der Fall ist, sehr nachteiliger Vor-  
gang:  
Künftig soll auf dem Alexanderplatz in Berlin ein Trupp von  
Männern, Frauen und jugendlichen Personen aufgestellt werden. Die  
Ziele sollen abgerufen und in ihrem Interesse ganz geschäftsmäßig  
aus. Die Fremdlinge müssen abgerufen beim Publikum, können  
sich aber mit niemandem verständigen, denn keiner von ihnen sprach  
Deutsch. So kam es zu dem in Berlin aufsteigender Lager des Ziege-  
werks. Er sah, daß die fremdländischen Arbeiter von ihm kamen, wobei sie  
in ihrer Muttersprache zu ihm sprachen, er wußte nicht, was sie  
sagten, so wurde, daß die fremdländischen Arbeiter abgerufen wurden.  
Sie erklärten dem Landmann, von ihnen ein glücklicher Unfall in

den Weg geführt hatte, ihre Leidensgeschichte. In ihrer Heimat  
waren sie durch einen Agenten angeworben als Arbeiter und Ar-  
beiterinnen für die Ziegelfabrik eines Herrn Paul Siege in Polenzwerder,  
Kreis Oberbarnim. — Anfang März traten sie die Arbeit an. Täglich  
hatten sie, einige 30 Personen, ein Arbeitsquantum von 30 000  
Steinen zu liefern. An Lohn erhielten die Männer pro Tag 1,80  
Mark, Frauen, Mädchen und Jungen 1,30 Mark. Dazu wöchentlich  
für jeden Arbeiter 3/4 Liter Magermilch, 12 Pfund Kartoffeln,  
9 Pfund Brot, 1/2 Pfund Mehl, 1 Pfund Erbsen, 1 Pfund Reis,  
1/2 Pfund Fleisch, 1 Pfund Schmalz, 1/2 Pfund Salz. Unter  
diesen Bedingungen arbeiteten die Ungarn auf der Ziegelfabrik  
des Herrn Siege bis zum 10. Juni. So lange sie gutes  
Arbeitsmaterial hatten, lieferten sie das geforderte Quantum,  
ohne zu murren. Nun sollten die Leute, nachdem sie monatelang  
in Lohn beschäftigt waren, in Accord arbeiten. Deshalb, das  
sollte ihnen bald klar werden. Es kam nämlich jetzt ein besonders  
schlechtes Material zur Verarbeitung. Infolgedessen gerbrachten die  
an der Maschine geforderten Steine zum großen Teil, und deshalb  
war es den Arbeitern trotz aller Mühe und Anstrengung nicht mög-  
lich, mehr als 5000 Steine pro Tag fertigzustellen. Im Accord  
wurde das Laufende den Männern mit 8 Pf., den Frauen und  
Jugendlichen mit 6 Pf. bezahlt. Die Männer hatten also einen  
Zugersdienst von 40 Pf., die Frauen und Jugendlichen einen  
solchen von 30 Pf. Das war selbst den anspruchlosen ungarischen  
Wanderarbeitern zu wenig. Auf ihre Vorstellung erhielten sie noch  
für eine Woche den ausgemachten Lohn bezahlt. Vom Montag, den  
17. Juni ab, sollte dagegen unter allen Umständen in Accord ge-  
arbeitet werden, und zwar unter den angegebenen ungünstigen  
Verhältnissen. Nun rief den Arbeitern die Gebuld. Es erklärten ihnen  
dann doch als eine gar zu starke Zumutung, daß sie sich den ganzen  
Sommer hindurch - ihr Kontrakt lautet bis Ende Oktober - für  
Tagelöhne von 30 bis 40 Pf. schinden und plagen sollten. Kurz  
entschlossen pakteten sie ihre geringen Fähigkeiten zusammen,  
schüttelten das Joch des Ziegeleibes ab und fuhren nach Berlin.

Aber was nun anfangen? Einem elenden Arbeitsverhältnis  
waren die Vermissten entronnen. Nun standen sie mittellos vor dem  
Nichts. Von den bisher verdienten Löhnen hatte der Ziegeleibesitzer  
jedem einzelnen 30 Mark als Kautions einbehalten. Mit leeren  
Händen standen die Leute in Berlin auf dem Alexanderplatz und  
schauten sich ratlos um. Der Mann, der sich seiner Vorgesetzte  
angenommen hatte, führte sie zum Rechtsanwalt Diebmecht, der sich  
bereit erklärte, die Rechtsansprüche der Arbeiter dem Ziegeleibesitzer  
gegenüber gerichtlich zu vertreten und die erforderlichen Schritte so-  
gleich einzuleiten.

Hinsichtlich des weiteren Schicksals der ungarischen Arbeitertruppe  
mußte der hülfreiche Landmann dorthin auch keinen anderen Rat,  
als daß er sie der Obhut der Polizei übergab, welche die Mittellosen  
wahrscheinlich per Schub an die Grenze bringen wird. Hoffentlich  
werden die Leute, durch Schaden klug geworden, sich nicht wieder in  
ein derartiges Arbeitsverhältnis locken lassen.

**Lägerdorf.** Zwei schwere Unfälle passierten hier in kurzer  
Zeit auf der Breitenburger Portland-Zement-Fabrik. Das erstmal  
wurden dem Arbeiter Brügge von dem Drahtseilgetriebe der  
Schleimtransportschleife die Finger der rechten Hand abgerissen.  
Eine Schnurvorrichtung schloß gänzlich, wurde aber nach dem Unfall  
angebracht. Bei einer Verhandlung wegen Lohnminderungen der  
Schleimlager mit dem Direktor Seemann wurde vom Direktor  
den Arbeitern die Schuld an dem Unfall zugeschoben. Die  
Arbeiter wiesen die Behauptung entschieden zurück und sahen nur  
mit Rücksicht auf die Verhütung des Directors von einer Verleidi-  
gungslage ab. Der zweite Unfall betraf zwei Arbeiter, welche mit  
einer Vore den Fahrstuhl hinunter fielen, wobei der eine schwer  
verletzt wurde. Die Schnurvorrichtung funktionierte seit längerer Zeit  
nicht, auch die Beleuchtung fehlte. Den Gewerbeinspektor haben die  
Arbeiter noch nicht. Vor einigen Jahren kam es vor, daß ein Fahrstuhl  
mit Laten veranget und außer Betrieb gesetzt wurde, wenn der  
Gewerbeinspektor kam; war die Revision beendet, so wurde auch die  
primäre Schnurvorrichtung wieder entfernt und der Fahrstuhl wieder  
benutzt. Der Arbeiter Nöhl wurde vom dem früheren Kollegen,  
Vorarbeiter J. Springer denunziert als Berichterstatter an die  
„Schlesl.-Holst. Volkszeitung“. Nöhl wurde von Seemann nicht jun-  
einem peinlichen Vorwurf unterworfen, in dessen Verlauf S. verlangte,  
N. sollte den Bericht widerrufen. N. tat dies nicht, sondern nahm  
eine Entlassung. Dem Kollegen Klinger, Gewerbeinspektor,  
wurde von Seemann nicht jun. zugeworfen, die Arbeit für 2 Mann zu  
machen. Als Kollege K. es nicht fertig bringen konnte, wurde er  
entlassen. Nachdem wurden wieder zwei Mann an dieselbe Arbeit  
geschickt. Daß man auf jede Art und Weise versucht, die „Pöge-  
los“ zu werden, erkennt man aus den Äußerungen des Technikers  
Stollen, der dem unorganisierten Arbeiter Nöhl erklärte: die  
organisierten Arbeiter sollten rausfliegen, wenn sie nicht von selber  
gingen. Solche oder ähnliche Auslassungen eines Technikers, der  
besser wäre, sich darum zu kümmern, ob die Schnurvorrichtungen in  
Ordnung sind, werden die Kollegen nicht abhalten, dafür zu wirken,  
daß die Organisation in Lägerdorf wächst und gedeiht.

### Streiks und Lohnbewegungen.

**Altenburg.** Die Kollegen in den Maßpreparierwerken in  
Pöppelitz erhielten durch Verhandlungen den Fennig Lohnhöhung,  
der ihnen bei der Lohnbewegung im Frühjahr von ihren Vorgesetzten  
abgelehnt war. — nunmehr bewilligt.

**Süd-Zürichheim.** Daß es in unierer herrlichen, reichgeleg-  
neten Pöppelitz auch nicht an Glend mangelt, bedarf wohl keiner  
ausdrücklichen Versicherung. Der Reiz der Reizet bietet jedoch das  
Kaffineum, mit welchem einzelne Unternehmer ihre Arbeiter aus-  
beuten versuchen. Der Kafford darin ruht wohl die Firma G.  
Wanner, Ziegel- und Kalkbrennerei in Zürichheim, zu erreichen.  
Dort erhalten die Brenner für eine halbe Nacht zu brennen den  
horrenden Lohn von 50 Pf. (in Worten: fünfzig Pfennig),  
und einen Schoopfen Tagelöhnerwein. Ebenfalls glänzend  
wird auch das Köpplagen, eine Arbeit von ungefähr einer Stunde,  
mit einem Schoopfen (1/2 Liter) Tagelöhnerwein honoriert. Für 6  
Fällen der Kalköfen des Sonntagsmorgens und  
abends gibt es wiederum ganze 50 Pf. Diese wenigen  
Glanzproben von der Bezahlung der Nacht- und Sonntagsarbeit  
wenn wohl geringen, um die ganze Zümmlichkeit der Lohn- und  
Arbeitsbedingungen bei dieser Firma erkennen zu lassen. Man  
kannne einwenden, daß doch ein halber Liter Wein für eine Stunde  
Arbeit eine ganz anständige Bezahlung sei. Das würde zutreffen,  
wenn es sich um jene wunderbare „Gottesgabe“ handelte, die hier  
in uniererlich geblüht. Aber schon der beredete Name „Tagelöhner-  
wein“, sowie die Tatsache, daß die Unternehmer und Gutsbesitzer  
dieses Produkt der Sanftmütigkeit als ein beliebtes Zahlungsmittel für  
dieser Arbeiter bezeugen, läßt hinreichend erkennen, daß dieser Tage-  
löhnerwein mit Wein weiter nichts als den Namen gemein hat. So  
bezeugt dieser Ziegeler- und Kalkbrennereibesitzer dieses geschätzte  
Zeng, daß sie an jeder Quelle reiner und gesünder erhalten können,  
und die Arbeiter für ihre anstrengende Arbeit zu entschärfen. Aber  
jeder Arbeiter verdient die Behandlung, die ihm zuteil wird. So  
konnten sich in diesem Betriebe die Arbeiter, trotz aller Wahnworte  
ihrer Kollegen, noch nicht aufraffen, sich der Organisation anzuschließen,  
jedoch es wohl begründet ist, daß dort die Ausbeutung immer mehr  
zunimmt. Durch die stunde Bezahlung haben die Arbeiter ihren  
Lohn nicht im voraus, denn mit Tagelöhnerwein läßt sich weder  
Brot kaufen noch Bier bezahlen. Dadurch setzen sie in ewiger Ab-  
hängigkeit und häßlicher Schuldenfesselschaft zu dem Unternehmer.  
Dieses Abhängigkeitsverhältnis fördert wiederum die unbeschränkte  
Ausbeutung, und diese immer wieder größere Abhängigkeit. Das  
eine bedingt immer wieder das andere, bis der Arbeiter in der  
Mühle des Kapitalis angerieben ist. Den Arbeitskollegen der Firma  
Wanner aber rief wir zu: Ginein in die Organisation! Nur durch  
die Organisation ist es möglich, die gemeinheitsfählichen Auswüchse  
des Kapitalis zu beschneiden.

**Zülfeldorf.** In der Papierfabrik Gerners & Co. sind  
Differenzen ausgebrochen. Die Arbeiter hatten einen Tarifentwurf  
eingereicht, über den zu verhandeln die Direktion ablehnte. Darauf  
kündigten 26 Kollegen, was die Direktion mit Entlassung aller

übrigen Arbeiter, die keine Kündigung gaben, beantwortet. Sogar  
von Papierfabrikarbeitern ist streng ferngehalten.

- Gannover.** Die Arbeiter in den Zementfabriken W. S.  
burgs sind in eine Lohnbewegung eingetreten. In Betracht  
kommen vier Betriebe: die Norddeutsche Zementfabrik, die Zement-  
fabrik „Germania“ und die Zementfabriken Kronsberg und  
Kahlmann u. Meyerstein. Den Firmen sind folgende Forderungen  
unterbreitet worden:
1. Aufhebung der zwischen den Zementfabriken am Orte be-  
stehenden Sperre, welche bewirkt, daß Arbeiter der einen  
Fabrik, wenn sie ihre Arbeitsstelle verlassen oder entlassen  
werden, in einer anderen Zementfabrik nicht wieder in Arbeit  
gestellt werden.
  2. Den Zeitlohn auf 35 Pf. pro Stunde festzusetzen.
  3. Für Akkordarbeit einen Aufschlag von 15 Prozent zu ge-  
währen.
  4. Festsetzung des Lohnes für Akkordarbeiter, falls dieselben in  
Zeitlohn beschäftigt werden, auf 40 Pf. pro Stunde.
  5. Bessere Regelung der Akkordlohnzahlungen.
  6. Beim Schichtwechsel Entlohnung für 3 Schichten, statt bisher  
für zwei.
  7. Anerkennung eines von den Arbeitern zu wählenden Arbeiter-  
Ausschusses.
  8. Anerkennung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter.
  9. Beschaffung besserer Babebereitigung und Babebereitigung in  
der Weise, daß den Arbeitern das Baden während der Arbeits-  
zeit ohne Lohnausfall gestattet wird.
  10. Eine menschenwürdige Behandlung.

Da die angeführten Forderungen zum Teil etwas verlangen,  
was eigentlich in jedem Betriebe selbstverständlich sein sollte, auch  
die Lohnforderungen durchaus minimal sind, ist zu erwarten, daß  
die Betriebsleitungen entgegenkommen zeigen und durch Bewilligung  
der beschiedenen Forderungen einen umfangreichen Kampf vermeiden  
zumal es sich um äußerst rentable Betriebe handelt.

**Kassel.** Herr Schwienting, Inhaber der Händhölzfabrik,  
verschmäht es, mit Verbandsmitgliedern zu verhandeln. Vor einigen  
Wochen erklärte der betreffende Herr es sogar für eine Torheit seiner  
Kollegen, wenn sie es nicht gerade so machen. In der gestrigen Ver-  
handlung mit der Kommission wurde von ihm der bekannte Herzen-  
standpunkt herausgeholt. Jeder Arbeiter solle einzeln kommen,  
Verband und Kommission will er nicht dulden. „Kontraktbruch“  
sollen die Arbeiter begangen haben, weil sie nicht abwarteten, bis  
für den Betrieb genügend Arbeitswillige angeworben waren. „Fabrik  
schließen“, „ein Jahr aushalten“, das sind beliebige Schlagworte des  
Herrn. Dabei sucht die Firma an allen Orten Arbeiter, läßt Roh-  
materialien anfahren und nimmt sich auch noch einen Sozius. Die  
Firma hatte nicht geahnt, daß die Arbeiter so einmütig der Machi-  
nation entgegengetreten würden. Die Arbeiter wurden durch die  
Kerzenverhältnisse gezwungen, ein paar Pfennige Lohn mehr zu  
verlangen. Aber nicht nur die Gewährung derselben wird verweigert,  
sondern auch das Recht, sich zu organisieren, macht man ihnen streitig  
Und dies alles passiert in dem Betriebe eines liberalen Mannes!

Ganz unverständlich ist die Haltung des Werkmeisters Albrandt.  
Dieser sollte doch jebiel Tagelöhner besitzen, die Streikenden nicht mit  
Ausdrücken zu verletzen, deren Bedeutung ihm offenbar unklar ist.  
Es sei ihm gesagt: daß die Unterstützung der Streikenden nicht so  
hoch ist, als der Verdienst, ist selbstverständlich. Der Verzicht auf  
den vollen Verdienst zeugt von der Opferwilligkeit für eine gute  
Sache. Auch Herr Albrandt dürfte diese Opferwilligkeit, deren er  
selber freilich schwerlich fähig ist, verstehen.

**Sauf.** Einen hübschen Erfolg erzielten unsere Kollegen in  
der Ofenfabrik Bantel in Sauf. Es gelang dort, nach Kündigung  
des im Jahre 1905 abgeschlossenen Vertrages einen neuen abzu-  
schließen, der den Kollegen durchschnittlich 3-4 Pf. pro Stunde  
mehr Lohn bringt. Auch die Kolleginnen erhielten trotz der erst  
kürzlich erfolgten Erhöhung der Stundenlöhne um 2 Pf. eine weitere  
Erhöhung um nochmals 2 Pf. Es bedeutet dies eine Erhöhung der  
Löhne von 3-4 Mark pro Woche für Arbeiter und Arbeiterinnen  
innerhalb zweier Jahre. Möchten sich die übrigen Kollegen daran  
ein Beispiel nehmen.

**Die Kämpfe in der Papierindustrie.** Den Konflikt in  
der norwegischen Papierindustrie wollen die Unternehmer scheinbar  
zu einem Kampfe gegen alle organisierten Arbeiter Norwegens aus-  
nutzen. Die Ausbeutung der Ausperrung der Papier- und Zellulose-  
fabrikarbeiter auf alle Betriebe dieses Industriezweiges, die dann  
ungefähr 7000 Arbeiter umfassen wird, ist ja bereits beschlossen und  
durch Kündigung der Arbeiter eingeleitet worden. Sie scheint un-  
vermeidlich, nachdem die bisher ausgesperrten und streikenden Arbeiter  
das Angebot, das die Unternehmer bei den Verhandlungen als  
Minimum bezeichneten, in geheimer Abstimmung mit 1376 gegen  
73 Stimmen verworfen haben. Die Lohntriumph durch einen Schieds-  
spruch unparteiischer Leute entscheiden zu lassen, diesen Vorschlag er-  
klären die Arbeitgeber für gänzlich unannehmbar. Sie geben ihre  
Kampfeslust nun weiter dadurch kund, daß sie in Zeitungsbesprechungen  
zunächst mit einer allgemeinen Ausperrung aller Mitglieder des  
Arbeitsmannsverbandes, der Organisation, der die Papierarbeiter  
angehören, drohen, dann aber, wenn das ihnen nichts nützen sollte,  
mit allgemeiner Ausperrung der organisierten Arbeiter aller Berufe  
über das ganze Land. Diesen folgenreicheren Schritt werden sie sich  
aber wohl noch gründlich überlegen. In der Presse, die stockfester-  
verbalen Blätter ausgenommen, messen sich jetzt die Stimmen, die  
die Arbeitgeber zu einem Entgegenkommen mahnen.

**Die Ausperrung in der schwedischen Papier- und Zellulose-  
industrie** ist durch die Verhandlungen zwischen den Vertretern der  
Organisationen beider Parteien zugunsten der Arbeiter beendet worden.  
Die Arbeiter der Fabrik in Skärblada, die Lohnforderungen gestellt  
hatten, haben mehr erhalten, als sie ursprünglich verlangten. Die  
Lohnforderungen, die gefordert wurden, der Fabrikleistung aber un-  
annehmbar erschienen, hätten nur 15 000 Kronen jährlich ausgemacht;  
die Verhandlungen aber führten dazu, daß 29 000 Kronen Lohn-  
erhöhung zugestanden wurden. Der Vertreter der Fabrik mußte  
anerkennen, daß das Unternehmen diese Erhöhung der Löhne wohl  
zu tragen vermag. Jedoch gerechter Verteilung der Lohnerhöhung  
auf die einzelnen Arbeiter wird das Verhandlungslimit nach Skär-  
blada reifen, um Einsicht in die Lohnzahlungsbücher zu nehmen.  
Das Koalitionsrecht ist unbedingt anerkannt.

In Dänemark ist ebenfalls eine Lohnbewegung der Papierarbeiter  
im Gange, die leicht zu einem Kampfe führen kann. Die Tarif-  
verträge mit der Aktiengesellschaft „De forenede Papirfabriker“ und  
„Frederiksberg Papirfabrik“ sind von den Arbeitern gekündigt worden  
und laufen am 1. September ab. Die Arbeiter wünschen, daß der  
Achtundzestag zur Grundlage der Tarifverhandlungen gemacht werde.  
Die Fabrikanne lehnten das ab. Nun sind in der Sache Verhand-  
lungen zwischen dem Gewerkschaftsverband und der Dänischen Arbeit-  
gebervereingung anberaumt. Bei der Kampfeslust und Streikwut,  
die das organisierte Unternehmertum Dänemarks in den letzten Jahren  
so häufig gezeigt hat, ist es sehr zweifelhaft, ob es nun in der  
Papierindustrie auf eine Einigung hinarbeiten wird.

### Geschäftsbericht des Ganes 4 (Ost- und West- preußen, Pommern und Ost-Mecklenburg) für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1907.

Das vergangene Halbjahr war eine Zeit des Kampfes; nicht  
allein des politischen, sondern insbesondere auch des wirtschaftlichen  
Kampfes. Wir konnten deshalb gar nicht daran denken, eine intensive  
Agitation zu entfalten, mußten uns in diesem Punkte vielmehr auf  
das allernotwendigste beschränken. Es konnte nur da in die  
Agitation eingegriffen werden, wo die Ortsgenossen resp. Bahnhöfen im  
Streikgebiet lagen; über dessen Bereich hinaus konnten wir nicht gehen,  
weil das die Lohnbewegungen nicht zuließen. Fast alle unsere Ver-  
sammlungen wurden mit Beratungen über Lohnbewegungen aus-  
gefüllt. Die Provinz Ostpreußen hat unter der fehlenden Agitation  
ganz besonders gelitten, einige Bahnhöfen Ostpreußens sind infolge  
dessen zurückgefallen. Durch vermehrte Agitation müssen wir jetzt  
das Versäumte nachholen. Denn gerade die Städte Königsberg,  
Tilsit, Rempel und Insterburg bieten für unsere Organisation noch  
ein großes Tätigkeitsfeld

Anschließend an das Kapitel Agitation möchte ich ein anderes, wenig erörtertes, erwähnen: das Kapitel „Grenzstreitigkeiten“. Es muß aber einmal erörtert werden, und wir hoffen, dadurch eine Verbesserung zu erzielen.

Der von uns älteren Verbandskollegen erinnert sich nicht noch an all die Angriffe, die früher von anderen Gewerkschaftsführern gegen uns erhoben wurden. Einmal sollten wir mit unseren niedrigen Beiträgen agitieren und dann wieder in Agitationsgebieten einbringen, wo wir nichts zu suchen hätten. Allmählich haben sich ja die Angriffe gelegt, denn niedrige Beiträge kann man uns nicht mehr vorwerfen, und in anderen Gebieten agitieren wir nicht mehr, weil unser letzter Verbandstag unsere Agitationsgebiete festgelegt hat. Nun gibt es aber Organisationen, deren Vertreter in Gebieten agitieren, für welche unser Verband zuständig ist. So agitiert der Gen. Jffel, Gauleiter vom Transportarbeiterverband, in Mecklenburg unter den Ziegler- und Zuckerrübenarbeitern, nur um in Mecklenburg eine Basisstelle zu gründen zu können. Schreiber dieses stellte den Gen. Jffel wegen seiner Agitationsweise zur Rede. Da meinte der Genosse, die Hauptsache sei doch, daß die Leute organisiert sind. Dabei hat derselbe Genosse auf dem Verbandstag der Transportarbeiter zu Berlin 1907 einer scharfen Resolution gegen die Brauer zugestimmt, weil der Brauerverband die Arbeiter usw. zu Unrecht organisiert haben soll.

In Königsberg in Ostpreußen agitiert der Gauleiter der Transportarbeiter, Gehlbach, nicht allein in Margarinefabriken (nach dem dortigen Kartellvertrag), sondern auch in Erbsenschälmaschinen, Schneidemägen und Zellstofffabriken. Ein großer Teil der Mitglieder des Transportarbeiterverbandes in Königsberg sind Fabrikarbeiter und die große Masse der Transportarbeiter kommt unorganisiert her. Die Basisstelle Insterburg setzt sich aus Zementarbeitern zusammen, während man unsere Basisstelle gepregelt hat. In Litzke haben sie eine Basisstelle, die man mit Fug und Recht, abgesehen von den drei bis vier Straßenbahnern, Fabrikarbeiterbasisstelle nennen könnte. In letzteren beiden Orten agitiert man mit der niedrigsten Beitragsklasse, und zwar 30 Pf. die Woche. Und trotz all unserer Vorhaltungen werden Arbeiter der Zellstofffabrik aufgenommen. Wir meinen, die Transportarbeiter dem Transportarbeiterverband, die Fabrikarbeiter, welche in oben erwähnten Betrieben arbeiten, dem Fabrikarbeiterverband. Wir nehmen an, daß der Vorstand des Transportarbeiterverbandes von dieser Agitation nicht unterrichtet ist und hoffen, daß er seine Vertreter anweisen wird, in dem von uns vorgeschlagenen Sinne zu handeln.

Nun zu unseren Lohnbewegungen. Der Wahlkampf 1907 endete bekanntlich für die Sozialdemokratie mit einem Rückgang ihrer Mandatsziffer. Diese „Wiederlage“ glaubte nun das Unternehmertum dazu benutzen zu können, auch gegen die aufblühende moderne Gewerkschaftsbewegung den Kampf zu beginnen. Ihr Organ, die „Deutsche Arbeiterzeitung“, hat ja dann gleich nach dem Wahlkampf die Regierung und speziell Bulow angefleht, jetzt endlich mal die Initiative zu ergreifen und die Arbeiter mehr noch als bisher gegen den „gefährlichen Terrorismus“ der freien Gewerkschaften zu schützen, d. h. mit anderen Worten, doch endlich einmal der Koalitionsfreiheit einen Riegel vorzuschleichen. Der Erfolg dieser Hege war eine Verfestigung der wirtschaftlichen Kämpfe; es wurden in diesem Jahre mit Unternehmern Kämpfe geführt, welche im vergangenen Jahre anstandslos mit uns verhandelt. Wir haben nach Möglichkeit Streiks zu vermeiden gesucht, wo aber der Kampf nicht zu umgehen war, da wurde er auch mit aller Schärfe geführt. Die Arbeitgeberverbände haben sich wiederholt verrechnet, wie wir noch sehen werden.

Barth. In Barth an der Ostsee haben unsere Kollegen in diesem Frühjahr die Feuerprobe bestehen müssen. Schon im vergangenen Jahre wollte man die jungaufblühende Organisation vernichten, was aber nicht gelang. Nun wurde in diesem Frühjahr erneut der Versuch gemacht. Die Direktion der Zuckerfabrik Barth entließ, als die Kampagne zu Ende war, Arbeiter, die schon jahrelang im Betriebe beschäftigt waren, und bedient dafür jüngere Kräfte. Dies haben unsere übrigen dortigen Kollegen als Maßregelung an und erklärten sich mit den Entlassenen solidarisch. Verhandlungen lehnten die Herren ab. Wir wollten nun den „liberalen“ Bürgermeister veranlassen, die Streitigkeiten zu schlichten. Da kamen wir aber schon an! Ein König Stumm hätte nicht besser die Interessen der Direktion der Zuckerfabrik vertreten können. Wir gingen fort mit dem Bewußtsein, einmal einen „liberalen“ Bürgermeister gehört zu haben, mußten nun aber auch, wie es den Barth'schen Unternehmern möglich ist, unsere Mitgliederlisten zu bekommen. Nach zehnwöchentlichem Kampf mußte der Kampf aufgegeben werden, weil sowohl der Kämpfer sich von der Direktion kaufen ließen; dadurch wurde der Kampf aussichtslos. Die Direktion hatte „geflögert“, denn die Leute gaben auch die „freiwillige“ Erklärung ab, aus dem Verbandsverband auszutreten (sie sind übrigens ausgeschlossen). Die Direktion gab dann noch in einem Flugblatt die Erklärung ab, daß sie gegen den Anschluß an die Hirsch-Dunerschen (wie schmeichelhaft für die Hirsche!) nichts einzuwenden habe. Doch die Barth'schen Arbeiter taten der Direktion nicht den Gefallen, aus unserer Organisation auszutreten. Auch aus einer allgemeinen Ausspernung wurde nichts. Bei der Firma Freundt erzielten 18 Kollegen eine Lohnhöhung von 27 Pf. auf 30 Pf. die Stunde. In der Schneidemühle von Gebr. Wenzel erzielten 23 Kollegen eine Lohnhöhung von 25—27 Pf. auf 27 bis 30 Pf. die Stunde. Die bei der Firma Janßen beschäftigten Kollegen erhöhten ihren Stundenlohn von 27 auf 30 Pf. und eine Stunde Arbeitszeitverlängerung den Tag. Unsere Barth'schen Männer zufrieden sein, sie haben trotz des Ansturms der Unternehmer ihre Organisation hochgehalten und obendrein nicht unweiselnde Erfolge erzielt.

Bülow. In der Schneidemühle von C. Appel zu Bülow erzielten unsere Kollegen Forderungen ein. Verlangt wurde zehnständige Arbeitszeit, für Maschinenarbeiter 29 Pf. und für Plazarbeiter 26 Pf. die Stunde, für Sonntags- und Nacharbeit 30 Pf. pro Stunde. Erreicht wurde eine Lohnhöhung von 1,50 Mk. pro Woche für den einzelnen; im ganzen 1500 Mk. jährlich für 1000 Kollegen. Auf unseren Rat gaben sich unsere Kollegen mit dem Zufriedenheit zufrieden.

Köslin. Auch in Köslin regt es sich wieder. In der Dampfzuckerfabrik von Jäg forderten elf Kollegen eine wöchentliche Lohnhöhung von einer Mark, die auch bewilligt wurde.

16 Kollegen von der Kaufmanns-Höppner erhöhten ihren Stundenlohn von 30 resp. 35 Pf. auf 35—37 Pf. die Stunde. Bei der Firma Torlackt wehrten 23 Kollegen eine Lohnreduzierung von 2 Pf. die Stunde ab. Bei derselben Firma verlangten 15 Kollegen eine Lohnhöhung von 2 Pf. die Stunde, bewilligt wurden 1—2 Pf. pro Stunde. Bei der Firma Schmidt (Niesgruben) wurde ein Vertrag abgeschlossen, wodurch bedeutende Vorteile für die Kollegen herausgeschlagen wurden. Auf den beiden Ziegelleiten von Marx und Kersten wurden für die Ziegler und Hilfsarbeiter die bisherigen Akkordpreise wesentlich erhöht, auch wurden die Forderungen unserer Kollegen: zehnständige Arbeitszeit und Lohnhöhung, tariflich geregelt.

In der Zementwarenfabrik Komet (s. B. Abteilung in Köslin) wurde der Stundenlohn von 30 auf 35 Pf. erhöht und die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden pro Tag reduziert. In Zementgeschäft von Minde, Stettin-Berlin, wurde der Stundenlohn von 32 auf 33 Pf. pro Stunde heraufgesetzt und die Arbeitszeit um 1 Stunde pro Tag vermindert. Bei der Firma Jolrens u. Niehoff wurde der Lohn von 32 auf 35 resp. 34 Pf. pro Stunde heraufgesetzt.

In der Papierfabrik zu Köslin erzielten unsere Kollegen Lohnforderungen ein. Bewilligt wurde nur 1 Pf. Zulage (es sind ca. 300 Arbeiter und Arbeiterinnen) und für die Maschinenisten und Heizer wurde die Monatsprämie um 6 Mark erhöht. Obwohl die Lohnhöhung nur minimal ist, macht dieselbe doch jährlich 11 232 Mk. aus. Doch ist in dieser Fabrik der Lohn noch immer sehr niedrig, es werden Stundenlöhne bis herab zu 20 Pf. bezahlt. Es liegt an unsern Kollegen dort, menschenwürdiger Zustände herbeizuführen. Unsere Verbandskollegen, welche in der Fabrik Löhner beschäftigt haben, sollten eifrig dafür sorgen, daß auch diese der Organisation angeführt werden. Es sollte überhaupt nicht mehr vorkommen, daß der Vater organisiert ist und die Löhner nicht! — In zwei großen Fabriken ist es uns bisher nicht möglich gewesen, für die Arbeiter und Arbeiterinnen etwas zu tun. Es sind dies die beiden Zündholzwarenfabriken von Gumbow-Köslin. Solange diese Arbeiterchaft sich mit Wehrmachtsgewehren verdrängen läßt, solange ist auch mit ihr nichts anzufangen. Notwendig wäre es allerdings, mit den dortigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen aufzuräumen.

Friedland. In Friedland sind es die Direktoren der Stärke- und Zuckerfabrik, welche unsere Organisation mit allen möglichen Mitteln verfolgen; insbesondere unseren früheren Verb. Kollegen E. Die genannten Direktoren sind Mitglieder des Reichslagenverbandes und jeder „ihrer“ Arbeiter, welcher nicht im Verbandsverband ist, bekommt die Zeitschrift „Medienburgische Streikzeitung“ zu lesen. Wenn der erwähnte Kollege irgendwas Arbeit erhält, so über die reichsverbandlerigen Herren einen Druck auf den Arbeitgeber aus, daß er den Kollegen entlassen soll. Der Arbeitgeberverband (jeder Akkordarbeiter, der einen Hund sein eigen nennt, ist Mitglied) von Friedland hat beschlossen, den Kollegen einfach nicht einzustellen. Das ist natürlich kein Terrorismus.

Ein Fall von Disziplinlosigkeit ist hier noch zu rügen: Kollege K. und Jula 25—30 Kollegen waren vorübergehend am Bahnbau beschäftigt. Plötzlich wird Kollege K. entlassen, die übrigen erklären sich solidarisch und legen die Arbeit nieder, kammerten sich aber nicht weiter um die verlassene Arbeitsstelle, so daß der Unternehmer es leicht hatte, andere Arbeiter zu bekommen. Für so unüberlegtes Niederlegen hat die Organisation kein Geld, das können sich alle Verbandskollegen merken. Man hat damit nur anderen Leuten die Plage freigegeben.

In dem Köpferischen Eisenwerk reichten die Metallarbeiter Forderungen ein. Es kam zum Streik und dadurch wurden einige Kollegen von uns in Mitleidenschaft gezogen. Nach 18 Tagen wurden die Forderungen bewilligt. Erreicht wurde eine Lohnhöhung von ca. 3 Mark für den einzelnen.

Wdants. Bei dem Schneidemühlensberger Schmidt reichten 18 Kollegen von uns Lohnforderungen ein. Bewilligt wurden 30 Pf. pro Stunde am Orte, bei einer Entfernung von 16 Kilometern 33 Pf.; bei größeren Entfernungen 35 Pf. und freie Fahrt. Es wurde ein Tarif abgeschlossen.

Neustettin. In der Zementwarenfabrik von Heigel u. Ko. erreichten 12 von unseren Kollegen eine Lohnhöhung von 23 auf 25 Pf. die Stunde. Auch unsere Kollegen auf Bauten hatten der Zunahme Forderungen unterbreitet. Doch für dieses Jahr mußten wir sie fallen lassen, weil die Organisation noch zu schwach war.

Podejuch. In Podejuch ging es in diesem Jahre lebhaft her. Die Kollegen von der Finkenwalde-Podejucher Zementfabrik waren in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Kollegen forderten Erhöhung ihrer Löhne von 27 auf 30 Pf. pro Stunde und 15 Proz. Akkordzuschlag. Wir glaubten, daß diese bescheidenen Forderungen ohne weiteres bewilligt, jedenfalls aber Verhandlungen stattfinden würden. Hatte doch der Unternehmer auch im vergangenen Jahre mit uns verhandelt. Die Kollegen hatten sich getraut, und zwar gründlich. Der Unternehmer war inzwischen Mitglied des Arbeitgeberverbandes geworden und glaubte es nicht nötig zu haben, die bescheidenen Forderungen zu bewilligen. Die Herren hielten es auch für unmöglich, daß die Arbeiter der Zementfabrik plötzlich die Arbeit niederlegen könnten. Auch bildeten sie sich ein, bei einer event. Arbeitsüberlegung würde es doch wieder so kommen, wie 1890, wo die Arbeiter nach kaum 24 Stunden die Arbeit bedingungslos wieder aufnahmen. Die Leute gehörten damals einem Lokalverein an, der aber kein Geld in der Kasse hatte. Die Herren waren deshalb sehr erkaunt, als plötzlich 278 Mann die Arbeit niederlegten. Es arbeiteten 350 Mann im Betriebe, doch hatten wir beschlossen, mit Rücksicht auf das Alter der übrigen, diese weiter arbeiten zu lassen. Das wurde uns schließlich gebahnt, arbeiteten sie doch während des Streiks 18—24 Stunden. Für die Zukunft dient uns dies als Lehre! Streikbrecher kamen nur von Berlin, doch waren es keine Berliner, sondern zusammengelesene Gesichter. Sie sahen noch viel schlechter aus als die russischen Plöber, die nach Deutschland kommen, und das will schon etwas heißen. Ferner kamen einige fremdländische Elemente an, wir ließen für dieselben Flugblätter drucken, es mußte aber nichts, sie blieben. Trotzdem mußte der Unternehmer schließlich nachgeben. Nach 7 1/2 wöchentlichem Kampf, am 19. Juni, einigten sich die Arbeiter mit dem Unternehmer auf 30 Pf. pro Stunde, Erhöhung des Akkords um 10 Prozent für 9 von 13 Nationen und WiederEinstellung sämtlicher Streikenden. Die Lohnhöhung beträgt für den einzelnen ungefähr 3 Mk. pro Woche, für sämtliche Arbeiter jährlich etwa 47 000 Mk. Für die Zukunft wird der Unternehmer sich wohl hüten, so leichtfertig den Kampf vom Haupte zu brechen, wie diesmal. Vergessen wollen wir bei dieser Gelegenheit nicht den lieben Amtsvorsteher, welcher so warm die Interessen der Unternehmer vertrat, der unsere Kollegen, die auf seinem Bureau zu tun hatten, zu Streikbrecherdiensten zu überreden versuchte, und auf den Schreiber dieser Zeilen weidlich schnipfte. Ein Teil unserer Kollegen ist ihm die Antwort nicht schuldig geblieben; andererseits haben wir uns den Herrn in Verhandlungen vorgewirft.

In der Podejucher Chamottefabrik reichten unsere Kollegen Forderungen ein. Diefelben lauteten: Erhöhung des Stundenlohns von 27 auf 30 Pf. und Erhöhung des Akkordzuschlages um 25 Prozent, und 25 Prozent Zuschlag für Sonntagsarbeit und Überstunden, sowie Abschaffung einiger sanitärer Mißstände. Diese Forderungen wurden am 13. Mai eingereicht, am 16. und 17. Mai verhandelt und mit einigen Abänderungen genehmigt und trat am 18. Mai in Kraft. Auch wurde ein Tarif auf 2 1/2 Jahre abgeschlossen.

Pommernsdorf. In der chemischen Fabrik zu Pommernsdorf war am 30. Juni der Tarif abgelaufen und es galt einen neuen Tarif auszuarbeiten, was immerhin nicht leicht war, kamen doch beinahe 220 Positionen in Betracht. Am 31. Mai 1907 wurde der neue Tarif eingereicht, der folgende Forderungen erhielt: Erhöhung des Stundenlohnes von 27 auf 30 Pf. und der Akkordlöhne um 10—12 Prozent. Bewilligt wurde: 30 Pf. Stundenlohn für Maurer, 1,50 Mk. pro Tag für Frauen und 5—15 Prozent Zuschlag für Akkordarbeiter. In einzelnen Abteilungen wurde auch nach unserer Meinung nicht genügend herausgeschlagen, aber es läßt sich nicht mehr herausholen in diesem Jahre, aus Gründen, die wir hier nicht des näheren auseinandersetzen wollen. Den Hirschen, welche glauben, im Erben sitzen zu können, haben wir ein ganz gehdriges Schnippen geschlagen, sie sind die blamierten Europäer. Auch aus ihrer „Lohnforderung“ wurde nichts.

Schwapan (Mecklenburg). In den Ziegelleiten von Schwapan und Umgebung waren die Tarife für die Ziegler abgelaufen. Die neuen Tarife sollten diesmal nicht bloß für die Ziegler, sondern auch für die Hilfsarbeiter gelten, denn auch diese hatten sich, inzwischen der Organisation angeschlossen. Sofort wurde Erhöhung des Stundenlohnes von 23 auf 25 Pf. und Erhöhung der Akkordpreise. Die Unternehmer, mit einer Ausnahme, weigerten sich die Forderungen zu bewilligen, und traten somit unsere Kollegen in den Streik. Nach acht Tagen fanden Verhandlungen im Beisein des Unterzeichneten statt, wobei zwar nicht das Ganze, aber immerhin für den einzelnen 1,50 Mk. pro Woche mehr, oder für die gesamten 168 Arbeiter pro Jahr ein Mehr von 12 044 Mk. erreicht wurde. Streikbrecher fanden sich während des Streiks nicht. Es wurden für sämtliche Betriebe, mit Ausnahme von einem, Tarife, auf ein Jahr lautend, abgeschlossen.

Stettin. Unsere Kollegen von der chemischen Fabrik „Union“ zu Stettin reichten ebenfalls Forderungen auf Erhöhung der Lohn- und Akkordsätze ein. Am 6. März wurden die Forderungen eingereicht, am 11. verhandelt und am 15. März traten die neuen Forderungen in Kraft. Der Lohn wurde von 25 auf 30 Pf. pro Stunde erhöht. Auch hier wurde ein Tarif abgeschlossen.

Waldegg. In Waldegg hat der Direktor der dortigen Zuckerfabrik verschiedene Male versucht, vermittels Gründung von christlichen Organisationen unsere junge Basisstelle zu sprengen, was ihm aber nicht geglückt ist, auch nicht durch Gründung von Arbeitgeberverbänden. Wollte man doch durch den Arbeitgeberverband die Organisation vernichten, indem kein Arbeiter bei Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes eingestellt werden sollte, welcher gewerkschaftlich organisiert wäre. Alle diese Drohungen trugen nur dazu bei, daß unsere Kollegen noch mehr Mut faßten und die Organisation ausbauten, so auszubauen, daß sie sich fast genug fühlten, in diesem Frühjahr in eine Lohnbewegung einzutreten. In der Ofenfabrik von Sprechhoff wurden am 3. April folgende Forderungen eingereicht: Erhöhung des Tagelohnes um 25 Pf. für die Brauerer 25 Pf. mehr pro Nacht, für den Kellerarbeiter 40 Pf. Zuschlag pro Tag, und 1/2 Stunde Arbeitszeit weniger die Woche. Am 15. April wurde verhandelt und an demselben Tage trat auch die neuen Bestimmungen in Kraft. Außer den gestellten Forderungen wurde noch bewilligt: 10 Prozent mehr für Überstunden und 20 Prozent für Nacharbeit. Einen Tarif würde der

Vertrag vorläufig nicht abschließen, denn das wäre ihm vom Arbeitgeberverband verboten.

Schwieriger gestalteten sich unsere Lohnforderungen in den beiden Dampfziegelleiten. Hier wurden um dieselbe Zeit, wie bei der vorhergehenden Firma Forderungen eingereicht: Erhöhung des Monats- und Arbeitszeitverlängerung wurden gefordert. Die in Frage kommenden Unternehmer leiteten jedwede Unterhandlung ab und damit jedwedes Zugeständnis. Ja, sie jagten förmlich unsere Leute von der Ziegellei, als die Zeit abgelaufen war, sich zu erklären: ob sie zulegen wollten oder nicht. Somit waren 38 Kollegen gezwungen, die Arbeit niederzulegen. Die Arbeitgeber waren scharf gemacht und glaubten den Proteststandpunkt einnehmen zu können. In der ersten Woche fanden sich keine Streikbrecher. Aber in der zweiten Woche hatten sie einen Agenten gefunden und zwar sollte es ein Sohn aus dem Lande des langen Schaffstieles (Italien) sein, der noch 20—30 Landleute mitbrachte. Nun war die Freude groß! Den Streikenden wurde erklärt, sie würden überhaupt nicht wieder eingestellt, sondern nur noch Zilliner. Tatsächlich waren Kontrakte mit den fremden Arbeitern abgeschlossen, wodurch sich die Unternehmer versicherten, sie mindestens bis zum Oktober in Arbeit zu behalten. Wir unterzeichneten machten uns nun daran, Flugblätter in der Muttersprache der herangelassenen Arbeiter drucken zu lassen, worin wir ihnen den wahren Sachverhalt mitteilten. Diese Flugblätter wurden dann in geschickter Weise von unseren dortigen Kollegen verbreitet und wirkten wie eine Bombe. Den Leuten war nämlich vorgeschwindelt worden, es sei Arbeitermangel vorhanden. Sie legten daraufhin sofort die Arbeit nieder und wendeten sich an ihren General-Konful zu Berlin (wie wir erfahren haben, mußten die Unternehmer dann noch gefällig bleichen), während ihr Agent, der solange den „Meister“ gespielt hatte, plötzlich verduftete. Aber auch die Unternehmer waren wohl froh, daß es so kam, hatten doch die Italiener in 13—15 Stunden den Tag nicht das geschafft, was unsere wegen in 11 Stunden gemacht hatten. In aller Eile ließen die Unternehmer dann zum Bürgermeister, um denselben zu bitten, doch Verhandlungen zwischen ihnen und den Streikenden anzubahnen, was der Herr dann bereitwillig tat. Und man muß anerkennen, obwohl der Bürgermeister sonst kein Arbeiterfreund ist, er hat die Verhandlungen unparteiisch geführt. Nach langem Hin- und Herberathen kamen dann schließlich annehmbare Zugeständnisse heraus, welche die Kollegen zustimmten. Die Zugeständnisse wurden in Form eines Tarifvertrages festgelegt und zwar auf 1 Jahr. Nun schloß auch der Ofenfabrikant einen Lohnvertrag ab und zwar ebenfalls auf 1 Jahr. Der Kampf auf den beiden Ziegelleiten dauerte 5 Wochen und hatte den Erfolg, daß der Verdienst unserer Kollegen um 2 Mk. pro Woche stieg. Auch wurde eine Arbeitszeitverlängerung von 2 1/2 Stunden pro Woche erreicht. Ferner 35 Pf. für Überstunden und 60 o/o Zuschlag für Sonntagsarbeit. Verträmmern wollte man die Organisation, aber das Gegenteil ist eingetreten, die Organisation geht gestärkt aus dem Kampf hervor. Hoffen wir, daß die Kollegen nach wie vor so weiter wirken.

Wolgast. Wolgast ist eine Industriestadt in Vorpommern, die sich mächtig entwickelt hat. Die Entwicklung der Industrie haben sich schließlich unsere Kollegen daselbst zunutze gemacht. In keiner Basisstelle unseres Gaues haben in diesem Frühjahr soviel Lohnbewegungen stattgefunden wie hier. Aber auch das Interesse unserer Kollegen an der Organisation ist gestiegen. Während früher die Versammlungen äußerst schwach besucht waren, werden jetzt die Mitgliederversammlungen von 4—500 Kollegen besucht, bei einem Mitgliederbestand von 600—650 Kollegen.

In der Zementfabrik reichten unsere Kollegen Forderungen auf Erhöhung des Stundenlohnes von 22 Pf. auf 27 Pf., Erhöhung des Akkords und Verkürzung der Arbeitszeit ein. Bewilligt wurde die Erhöhung des Stundenlohnes und Verkürzung der Arbeitszeit um 6 Stunden pro Woche. Für die 167 Arbeiter wurden 501 Mk. Lohnhöhung und 1003 Stunden Arbeitszeitverlängerung pro Woche oder jährlich 26 052 Mk. Mehrverdienst und 52 104 Stunden weniger Arbeitszeit erzielt.

Ein Erfolg, womit unsere Kollegen von der Zementfabrik zufrieden sein können.

In der Farbhölzfabrik von Schmidt forderten 26 Kollegen und 1 Kollegin Lohnhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit und einen Zuschlag für Akkordarbeit und für Überstunden. Bewilligt wurden 28 Pf. Stundenlohn (bisher 22 1/2), 1 Stunde weniger Arbeitszeit pro Tag, 10 Prozent Zuschlag für Akkord und 5 Pf. Zuschlag für Überstunden.

In der Senfenscharfabrik von Schwale forderten unsere Kollegen eine Lohnhöhung von 22 1/2 auf 28 Pf. und 1 Stunde weniger Arbeitszeit pro Tag. Erreicht wurde für jeden Kollegen 1,80 Mk. Lohnhöhung und 6 Stunden Arbeitszeitverlängerung pro Woche.

In einer Brauerei erreichten 7 Kollegen von uns eine wöchentliche Lohnhöhung von je 2 Mk.

Größere Schwierigkeiten machte die Lohnbewegung auf dem Panzerwerk. Bei der Einreichung der Lohnforderung waren drei Organisationen beteiligt: Metallarbeiter, Hirsche und wir. Während im vorigen Jahre der Direktor der Panzerwerke anstandslos mit uns verhandelte, lehnte er es in diesem Jahre ab und wollte nur mit dem Arbeiterausschuß verhandeln. Doch auch dem Arbeiterausschuß machte er keine Zugeständnisse und so legten am 13. Mai 173 Arbeiter die Arbeit nieder; von uns kamen 64 Kollegen dabei in Frage. Nach fünf Wochen wurde der Streik abgebrochen, obwohl die Zugeständnisse nur gering waren. Für unsere Kollegen wurde eine Lohnhöhung von 60 Pf. pro Woche erzielt.

Aus obigem Bericht dürfte zur Genüge hervorgehen, daß die Organisation im vierten Gau ihre Schlußbilanz voll und ganz gezogen hat, daß zahlreiche Kollegen eine Erhöhung ihres großen Lohnes und eine Verkürzung ihrer überlangen Arbeitszeit mit Hilfe der Organisation erreicht haben. Sache unserer Kollegen ist es nun, die Organisation immer besser auszubauen und immer neue Mitkämpfer für dieselbe zu werben; dann werden wir auch in Zukunft die Interessen unserer Kollegen nach jeder Richtung hin vertreten können.

Besonders für jene Kollegen, in deren Basisstellen noch nicht daran gedacht werden konnte, den Unternehmern Lohnforderungen zu unterbreiten, weil die Organisation zu schwach war, sollte der Bericht ein Mahnwort sein, die Organisation zu stärken, dieselbe kampffähig zu machen.

Unsern wirtschaftlichen Segnern, bis zum Reichslagenverband herab, ist es in unserm Gau ebensowenig gelungen, uns niederzurücken, wie anderswo. Wenn unsere Mitglieder ihre Organisation hochhalten, dabei aber auch für strenge Disziplin in den eigenen Reihen forgen und nicht, wie das leider doch vereinzelt vorgekommen ist, sich über die für den Kampf gegebenen Regeln hinwegsetzen, dann können wir auch den kommenden Jahrenritten ruhig entgegensehen. Glänzende Erfolge brachte uns das vergangene Halbjahr; möge das kommende nicht schlechter sein. Vorwärts zu neuen Kämpfen, zu neuen Siegen! Wissenschaftler.

### Korrespondenzen.

\* Eisenberg. Ein liebenswürdiger Aufseher. In der Chamottefabrik von Gebr. Kaempfe hier war dieser Tage die Arbeiterin Schreier mit Fegen und Wasseubaden beschäftigt. Der Aufseher Balduin wies nun der Frau eine bedeutend schwerere Arbeit an, deren Ausführung die Frau mit Recht verweigerte, weil sie die Arbeit mit Rücksicht auf ihre Körperkräfte nicht ausführen konnte. Balduin befahl hierauf der Frau in Lerne des Kassenhofs, die Fabrik sofort zu verlassen, was die Frau verweigerte mit dem Bemerkten, sie wolle erst hierüber mit dem Chef sprechen. Balduin packte hierauf die Frau an beiden Armen und warf sie gegen ein Gerüst in unmittelbarer Nähe des Fahrstuhls. Sollte die Frau nicht die Seilfesten gegenwart befehlen, sich an dem Gerüst krampfhaft festzuhalten, wäre sie unfehlbar in den Fahrstuhl gestürzt, und was weiß ich, in welchem Zustande sie sich heute befände. Die Abhandlung begab sich sofort in ärztliche Behandlung. Der Arzt stellte folgende Forderungen. Wir erlauben uns die Frage aufzuwerfen: Sollen die Firma Kaempfe den Aufseher Balduin auf seinem Posten zu belassen? Soll dieser liebenswürdigen Mensch noch menschliche Menschenleben gefährden und sich an wehrlosen Frauen vergreifen dürfen? Der rohe Patron dürfte sich übrigens noch an andere Stelle für seine Tat zu verantworten haben.



## Kapitalistische Charakterzüge der chemischen Industrie. \*)

Die älteren Nationalökonomien pflegten regelmäßig die praktischen Tatsachen zur Begründung ihrer theoretischen Erwägungen aus der Textilindustrie zu entnehmen. Von Adam Smith bis auf Karl Marx war es gerade dieses Produktionsgebiet, das die meisten Bausteine zur Errichtung der mannigfaltigen Lehrgebäude geliefert hat. Mit Recht. Denn am mechanischen Webstuhl und am mechanischen Spinnrad machte sich zuerst der eigentliche Geltungswert des Kapitalismus bemerkbar: aus dem mechanischen Webstuhl und aus dem mechanischen Spinnrad quollen gleichsam am frühesten, und in gewisser Beziehung auch am reichsten, Mehrwert und Arbeitgeberprofit auf der einen, Ueberproduktion, Reservearmee und Arbeitnehmerelend auf der anderen Seite.

Inzwischen hat sich bei uns ein weiteres „klassisches Beispiel“ herausgebildet, ein neuer Arbeitszweig zur Kennzeichnung des kapitalistischen Wirtschaftslebens: die Chemieindustrie, die in letzterer Hinsicht vielleicht noch wertvoller ist als die Textilindustrie. Dieses schon aus dem Grunde, weil sie in weit unmittelbarerem Verhältnis zum Kapitalismus steht. Retorte und Schmelztiigel sind nicht allein Erzeuger kapitalistischer Werte, sondern sie sind zugleich auch ganz und gar Kinder unseres kapitalistischen Zeitalters. Als das Produkt der neuzeitlichen Fortschritte von Naturwissenschaft und Technik ist die chemische Industrie, fast ohne Vorzeichen, in rasender Schnelligkeit groß und mächtig geworden; ist, dank den Erfindungen und Entdeckungen der Laboratoriumsgelehrten, die persönlich von ihren geistigen Schöpfungen herzlich wenig gehabt haben, sozusagen über Nacht zur wirtschaftlichen Großmacht geworden, gleich jenen Grundbesitzern bei anwachsenden Städten, die ohne ihr Zutun, lebendig durch den Fortschritt und die Entwicklung der Gemeinde rings um ihr Grundstück, so reich werden wie die Schöneberger Millionenbauern bei Berlin.

Eine Untersuchung über Wirtschaftsprozesse in der Chemieindustrie hat somit von vornherein die Möglichkeit, weit mehr als eine Spezialstudie zu sein, wie sehr auch eine nur solche bei diesem bis jetzt noch sehr vernachlässigten Produktionsgebiet mit Freuden begrüßt zu werden verdient; eine solche Untersuchung eröffnet zugleich die Perspektive, von symptomatischer Bedeutung für die Erkenntnis der Wandlungen und der Triebkräfte unseres wirtschaftlichen Lebens überhaupt zu sein. Von dieser doppelten wissenschaftlichen Leistungsart zeugt in der Tat eine vor wenigen Monaten von Dr. Max Duard veröffentlichte Schrift, die erfreulicherweise in einem so kurzen Zeitraum bereits die zweite Auflage erlebt hat.

Die Akkumulationstheorie und auch die Konzentrations- theorie, diese beiden typischen Charakterzüge der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, kommen mit allen ihren Folgen fast nirgends so früh, unerschüttert und überzeugend zum Vorschein, wie gerade in der chemischen Industrie. Auf der einen Seite sehen wir hier mit aller Deutlichkeit sich die Erscheinung vollziehen, „die einige wenige im Staate immer größer und mächtiger macht auf Kosten der anderen und die über kurz oder lang dahin umschlagen muß, daß die Gesamtheit der Bevölkerung sich der Unternehmungen bemächtigt, damit sie als Verbraucher wie als Arbeiter nicht mehr von jenen wenigen ausgebeutet wird“. Auf der anderen Seite beobachten wir hier die mit fast unabwendbarer Konsequenz vor sich gehende Tatsache, „daß es nicht mehr Einzelunternehmer und Einzelpersonen, sondern immer größere Aktiengesellschaften sind, welche die Träger unseres Gewerbes werden.“

Das letztere wird aus folgenden amtlichen Zahlen für Preußen sehr deutlich gekennzeichnet. In den Jahren 1902 und 1903 wurde dort auf den Börsen mit den Aktien von nicht weniger als 125 chemischen Aktiengesellschaften gehandelt. Diese 125 preussischen Aktiengesellschaften der chemischen Industrie hatten ein Kapitalvermögen von rund 282 Millionen Mark. Davon entfielen auf die chemische Großindustrie 37 Gesellschaften mit 80,8 Millionen Mark, auf die Herstellung von Explosivstoffen und Zündwaren 14 Gesellschaften mit 44 Millionen Mark, auf die Fabrikation von Gas, Karbid und Acetylen 43 Gesellschaften mit 41,2 Millionen Mark, auf die Produktion und Abfuhr von Dünger 11 Gesellschaften mit 28,5 Millionen Mark, auf die Del-, Seifen- und Kerzenfabrikation 9 Gesellschaften mit 17,5 Millionen Mark und endlich auf Farben- und Bleichmittel 11 Gesellschaften mit 69,8 Millionen Mark Aktienkapital. „Dabei ist“, wie Duard mit vollem Recht besonders scharf betont, „diese Zusammenballung von Riesenkapitalien zu Riesenunternehmungen mit Riesenprofiten noch lange nicht abgeschlossen, sondern immer noch in lebhafter Entwicklung begriffen. Denn selbst wo die Betriebe noch im Privatbesitz sind oder wo die Aktien in festen Händen blieben und gar nicht auf der Börse gehandelt werden, suchen sich die Kapitalisten durch Abschließung von Interessengemeinschaften zu sichern, die sich bereits dem Zusammenschluß zum größeren Betriebe nähern.“ Was der Verfasser auch durch Anführung einer Reihe von Tatsachen in sehr überzeugender Weise zu belegen suchte.

Aber auch hier ist der Konzentrationsprozeß noch immer nicht zu Ende. Eine noch höhere Stufe kapitalistischer Organisation zur Erzielung höchster Gewinne besteht in den Kartellen und Syndikaten, die sich uns als die zusammenfassenden Geschäftsvereinigungen ganzer Branchen darstellen. Und derartige Kartelle und Syndikate weiß in der Tat bereits die Reichsquote von 1902/03 für die deutsche chemische Industrie 46 aufzuzählen, wovon 12 auf die Industrie der

Salze, Säuren und Alkalien, 7 auf die Industrie der chemischen Präparate, 5 auf die Farben-, Leim- und Gelatinebranche, 6 auf die Branche der trockenen Destillation (Zer-, Benzol, Benzol, Paraffin usw.), 2 auf die künstlichen Farbstoffe, 1 auf Düngemittel, 4 auf die Sprengstoffindustrie und eine auf die Kerzen- und Seifenindustrie entfallen. „Hier wird durch gemeinsames Handeln ausgefeimteste Gewinnpolitik in größtmöglichem Maßstabe getrieben. Hier hat sich allmählich die Unternehmerolidarität geschildert. Und die Mächtschaften dieser Vereinigungen erscheinen ihren Urhebern selbst als so ausschließlich für den engsten Kreis kapitalistischer Profitmacher bestimmt, daß ihre Statuten vielfach selbst dem Reichsamt des Innern für seine Untersuchungen verweigert wurden.“

Das so angelegte Kapital „arbeitet“ sehr gut; und der „Unternehmergewinn“ der Aktionäre, deren körperlich und geistig anstrengendste Leistung in der Festsetzung der Dividendenhöhe besteht, beläuft sich in der Tat regelmäßig auf 12 bis 33 Prozent des nominellen Wertes der Aktien. Zudem kann gerade in der Entwicklung der Chemieindustrie eigentlich nur von einem fast ununterbrochenen Fortschreiten zur Vergrößerung des Gewerbes die Rede sein, ohne wesentliche Rückschläge, noch ernstere Krisen.

Haben wir da noch nach der Lage der chemischen Arbeiter besonders zu fragen? Ist nicht schon in den obigen Ausführungen die Antwort auf diese Frage von vornherein mit gegeben? Profit und Lohn stehen in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung notwendig in diametralen Gegensatz zueinander. Und diese These bestätigt sich auch in unserem Falle. „Als furchtbare, aber unumstößliche Tatsache steht der märchenhaften und berausenden Zunahme des Reichtums der Unternehmer ein durchschnittlicher Glendelohn des deutschen chemischen Arbeiters von nicht mehr als rund 1050 Mk. im Jahre gegenüber.“ Diese Einnahme kann sich zudem der chemische Arbeiter nur durch lange, übermäßige Arbeit verschaffen. Denn auch in dieser Beziehung bewährte sich hier das alte, unumstößliche kapitalistische Gesetz, daß schlechter Lohn und lange Arbeitszeit unabwendbar zusammengehören. Und eine zwölfstündige Arbeitsdauer, die häufig noch länger wird, ist in der chemischen Großindustrie so ziemlich durchweg auf der Tagesordnung, obgleich zugestandenmaßen die höchsten Farbwerke nur 9 1/2 Stunden täglich arbeiten lassen.

Diese mißlichen Zustände fallen beim chemischen Arbeiter um so nachteiliger ins Gewicht, als gerade er sich in einer gesundheitschädlichen und lebensvernichtenden Tätigkeit aufreißt und infolgedessen mehr als sonst jemand durch sorgfältige Nahrung und gewissenhafte Ruhe seinen Körper widerstandsfähig machen muß. „In der Badischen Anilin- und Sodafabrik waren nach Ehrhart im Jahre 1889 auf 3430 Arbeiter 4209 Krankheitsfälle zu verzeichnen. 1409 davon dauerten länger als drei Tage, insgesamt nicht weniger als 33 568 Tage in jenem Jahre, also jeder durchschnittlich beinahe einen Monat.“ Und dieser Zustand bildet keine Ausnahme, sondern ist durchaus typisch. Denn die in der Chemieindustrie beschäftigten Arbeiter haben eben Gesundheitsgefahren zu bestehen, welche anderen Industriezweigen nicht eigen sind, haben Berufs- und Gewerbetrautheiten zu überwinden, welche „mit der rüstig fortschreitenden Entwicklung der chemischen Industrie sich täglich mehren und erheblich mannigfaltiger werden“. Wofür uns der Verfasser ebenfalls durch Angabe von Tatsachen und literarischen Belegen die Beweisführung nach keiner Richtung schuldig bleibt.

So bekommen wir an der Hand der Duardschen Untersuchung einen tiefen Einblick in den Entwicklungsprozeß und augenblicklichen Zustand der chemischen Großindustrie, woraus sich uns wiederum — wie bereits hervorgehoben — symptomatische Charakterzüge vom Werden und Sein der kapitalistischen Wirtschaftsordnung überhaupt offenbaren.

Allerdings betreibt der Verfasser nicht l'art pour l'art: theoretische Spekulationen um ihrer selbst willen. Er will seine Ausführungen in den Dienst einer praktischen Sache gestellt wissen, zur Revolutionierung der Köpfe, zur Feuerung der Gemüter, als „Bedruf an die chemischen Arbeiter“. So wendet er noch mit besonderer Sorgfalt den einzelnen konkreten Bedingungen dieses Arbeitsgebietes sein Augenmerk zu. Er beweist die in der Scheinheiligkeit sich verborgende Nichtigkeit aller der überlaut gepriesenen sozialen Wohlfahrtseinrichtungen. Er kritisiert die geringfügigen und völlig unzulänglichen Maßnahmen, die bis jetzt, sei es durch die Gesetzgebung, sei es auf dem Wege der Verordnung, zum Schutze der chemischen Arbeiterschaft getroffen worden sind. Und er kommt so schließlich zum Resultate, daß eine frappe Organisation der Arbeiter allein wesentlichen Wandel in den unhaltbaren Zuständen schaffen kann.

## Aus der chemischen Industrie.

### Die deutsche Sozialgesetzgebung und die chemischen Arbeiter.

Aus Leipzig schreibt uns ein Kollege: Die Unnachbarlichkeit der deutschen Sozialpolitik, soweit sie den Arbeiterschutz betrifft, zeigt sich auf allen Gebieten der Industrie. Am unzulänglichsten dürfte aber der Arbeiterschutz wohl in der chemischen Industrie sein. Die zurzeit bestehenden Bundesratsverordnungen, die sich nur auf einzelne besonders gesundheitschädliche Betriebe erstrecken (wie die Herstellung von Bleichpulver und Bleizucker, auf Alkali, Chromsäurefabrikation und Thomsaschlackenmühlen), brachten wohl den Arbeitern dieser Betriebe keine Verbesserungen in gesundheitlicher Beziehung, ein großer Teil der diese Giftstoffe bearbeitenden Arbeiter der kleinen und mittleren Betriebe blieb jedoch von den Segnungen der Verordnung ausgeschlossen, da es die Unternehmer dieser Betriebe ausgesetzt verließen, die kontrollierenden Beamten der Gewerbeinspektion über die Verarbeitung von Giftstoffen im Unklaren zu lassen.

Streifen wir einige der schädlichen Stoffe heraus, die auf das Gehirn äußerst schädlich einwirken. Das sind Chloroform, Keizer, Aceton, Benzol, Naphtha, Nitrobenzol, Anilin, Zolulol, Zolulidine, Terpeninöl, Karbolsäure, Schwefelwasserstoff, Indigo, außerdem die verschiedenen Säuren, bei deren Herstellung die den Apparaten ent-

weichenden Gase die Arbeitsräume anfüllen, die Atmungsorgane gefährden und oft auch die Schleimhäute der Nase, des Halses und des Magens stark angreifen. Alle diese Produkte werden mit Ausnahme einiger auch in mittleren und kleinen Betrieben verarbeitet, die von der Revision wenig oder gar nicht erfaßt werden. Daß gerade in diesen Betrieben auf die Gesundheit der Arbeiter am wenigsten Rücksicht genommen wird, ist zweifellos.

Ein ganz besonderes Augenmerk muß ferner auf diejenigen Betriebe gerichtet werden, in welchen Produkte zur Lack- und Farbenfabrikation hergestellt werden. Das Rohprodukt des Lades, das Harz, wird, um es härter zu machen, mit größeren Mengen von Bleiglätte vermengt. Schreiber dieses war mehrere Jahre in einem Betriebe beschäftigt, in welchem Produkte zur Lack- und Farbenfabrikation hergestellt wurden. Obwohl die Firma große Mengen von Bleiglätte verwendete, was der Gewerbeinspektion nicht unbekannt gewesen sein dürfte, war von einer Handhabung der Bundesratsverordnung nichts zu hören. Auf eine Beschwerde an die betreffende Behörde reagierte dieselbe gar nicht. Der Arbeitsraum war zentimeterhoch mit Bleiglätte bedeckt, das Blei selbst wurde bei einer Temperatur von 300—350 Grad in das geschmolzene Harz hineingeworfen ohne irgend welche Sicherheitsmaßregeln. Dichter Rauch verhallte den Arbeitsraum, Millionen von Bleiteilchen mit sich führend, die der unmittelbar daneben stehende Arbeiter einatmen mußte. In 20 Kilo Leinöl z. B., das bis zu 180 Grad erhitzt wird, werden 14 Kilo in Wasser angerührte Bleiglätte zugefügt. Durch das Hineinschütten des Bleies wird das Leinöl in heftiges Schäumen und Dampfen verlegt; so entsteht der Dampf, der Weiteile mit sich führt.

Der Ausruf des Fürsten Bülow, daß die Sozialpolitik in den bewährten Bahnen weiter geführt werden soll, berechtigt wohl zu der Annahme, daß auf Jahre hinaus das Schicksal der Arbeitergesetzgebung besiegelt ist. So sind wir auf unsere eigene Kraft angewiesen, um mit Hilfe der Organisation für die von der Gesetzgebung so stiefmütterlich behandelte chemische Arbeiterschaft bessere Zustände herbeizuführen. Vor allem ist zu fordern: die Einführung einer gesetzlich geregelten Arbeitszeit von 8 Stunden täglich, in Betrieben mit hoher Vergiftungsgefahr von höchstens 6 Stunden, Verpflichtung der Unternehmer zur Einreichung eines Verzeichnisses der von ihnen hergestellten Produkte, unter Anführung der in den Produkten enthaltenen giftigen Stoffe bei der Aufsichtsbehörde; Verpflichtung der Unternehmer, die Arbeiter eingehend über die Gefahren der zu bearbeitenden giftigen Stoffe aufzuklären; ein Verzeichnis der zur Verarbeitung gelangenden Giftstoffe muß im Betriebe ausgehängt werden; Schaffung von ausreichenden Schutzmitteln, Lieferung von Anzügen in den Säurefabriken, allmonatliche ärztliche Untersuchung der Arbeiter, Gewährung eines alljährlichen Erholungsurlaubes. Dies wären nur die allerwichtigsten Forderungen, die die Arbeiter der chemischen Industrie für den ersten Augenblick zu stellen hätten.

Wir begrüßen daher auch die Vornahme einer Statistik seitens des Vorstandes, die uns einen Schritt weiter bringen soll, wenn gleich sie mit sehr vielen Schwierigkeiten verknüpft sein wird, da der größte Teil der chemischen Arbeiter den Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterschaft noch gleichgültig gegenüber steht. Dies darf aber die Ausgelassenheit nicht abhalten, die notwendigen Verbesserungs- vor schläge zusammenzustellen und sie in der Fachpresse zu diskutieren, damit die Aufmerksamkeit der großen Masse auf diese Forderungen gelenkt wird und die Arbeiter der chemischen Industrie selbst zum Kampf gegen die jetzt bestehenden Zustände angereizt werden. Allerdings wird es schwer halten, im kapitalistischen Gegenwartszustand, der von Unternehmern regiert wird, eine Arbeitergesetzgebung für die Arbeiter der chemischen Industrie zu schaffen. Man wird oben die Sozialreform immer nur widerstrebend fortführen, und es würde überhaupt nicht geschehen, wenn nicht die Arbeiterschaft als der stützende Faktor dahinter steht. B. H.

### Steigerte Unfallhäufigkeit.

Im neuen Jahresbericht des ältesten deutschen, des Rünzberger, Arbeitersekretariats sind die beim Magistrat der Stadt angemeldeten Unfälle der beiden letzten Jahre, nach amtlichem Material vergleichsweise zusammengestellt. Danach steigerten sich allein in der Rünzberger chemischen Industrie:

	schwere	leichte	Unfälle im ganzen
1905	?	?	74
1906	22	75	97

Das ergibt in einem einzigen Jahre eine Unfallsteigerung um rund 33 Prozent! Auch hier bezahlen also die Arbeiter das gute Gelingen der Arbeit mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben. Die Unfallberufsgenossenschaften der Unternehmer aber, denen die Unfallverhütung obliegt — wie wenn man den Bod zum Gärtner fest — werden vom Präsidenten des Reichsversicherungsamtes gelobt, weil sie alles getan hätten, was zu tun möglich gewesen sei!

### Strenge behördliche Maßnahmen gegen gefährliche oder gesundheitsgefährliche Betriebe.

Zur kleinen und im Großen scheinen ja manche Behörden in Preußen jetzt endlich etwas mehr Energie gegen die Gefährlichkeit chemischer Unternehmer zu entfalten. Zur kleinen: Aus Unterfranken bei Höchst wird dem Frankfurter Arbeiterblatte gemeldet, daß die Behörde die Betriebsuntersuchung einer die Umgebung verpestenden Harzleimfabrik verweigerte, weil die Firma sich hartnäckig weigert, wegen Konzeptionierung ihrer Anlage einzutreten. Die Firma behauptet, ihr Betrieb sei nicht konzeptionspflichtig, — eine Auffassung, die sich mit derjenigen der maßgebenden Behörden nicht deckt. Zur Großen: Nach der Koblenz-Katastrophe in Annen wurde auf die gefährliche Lage der Sprengstofflager im Industriegebiet hingewiesen. Zumeist bestanden sich diese in bewohnten Gegenden und in unmittelbarer Nähe von Gebäuden. Die Regierung zu Arnberg ordnete eine Untersuchung an, die zur Folge hat, daß sie auf eine Verlegung der Sprengstofflager in dichte Waldung fernab von bewohnten Gegenden dringt. Auch soll die Verladung auf stark frequentierten Bahnhöfen nicht mehr erfolgen. Die Gebäude allzu nah liegenden Sprengstofflager müssen schon jetzt entfernt werden. Für die Bauausführungen der neuen Sprengstofflager hat die Regierung schärfere Vorschriften erlassen. Wenn nur die neuen preussischen Minister diese schärferen Maßnahmen verallgemeinern und systematisch durchführen wollten, das wäre dann wirklich eine „liberale“ Aera!

### Kapitalistendank für Arbeiterantreiber.

In der Ludwigschafener Anilinfabrik spielt seit Anfang Mai d. J. eine Bewegung der Unterbeamten für bessere Pensionsberechtigung. Die reiche Fabrik soll eine solche Kasse für die Herren Unterbeamten gründen und mit reichlichen Geldmitteln ausstatten. Zu einer ersten Versammlung über diese Angelegenheit wurde zum rührigen Aufseher auf den 8. Mai eingeladen. Da kam zunächst ein Ständeständel in den Reihen der Herren zum Vorschein. Bureau- schreiber und solche „Herren“, die in bau- und maschinen-technischen Betrieben ihr Brot verdienen, füllten sich durch die Einladung hochgradig verlegt und wollten sich nicht neben Aufseher und Meister stellen. Um ihren eigenen Dürkel zu befriedigen und der Sache der Meister und Aufseher zuzuvorkommen, hielten sie schon am Abend zuvor, am 7. Mai, unter ihrer Leitung eine eigene Versammlung ab. Die Versammlung am 8. Mai hatte trotzdem eine hundertköpfige Beteiligung aufzuweisen. Als Versprechender fungierte Ruffischer Wagner. In sehr verständigen Worten unterbreitete er den Versammelten alles das, was in Sachen einer Unterbeamtenpensionskasse von dem Komitee getan worden sei. Das Vorhaben selbst wurde einstimmig begrüßt. Aufseher Wagner wurde zum Vorsitzenden definitiv gewählt, nebst einigen Ausschußmitgliedern, die weiter in der Angelegenheit zusammenarbeiten. Seitens des Meisters Selbst wurde das Vor-

Wir entnehmen diesen Artikel, der sich mit der von unserem Verbands herausgegebenen Broschüre des Genossen Duard beschäftigt, der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“.

